



# NIE WIEDER !

## NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 11 / 2010

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

### Unhaltbarer Zustand:

## Deutschland exekutiert Rechtswidrigkeit

Mit Schreiben vom 2. November 2010 machte die „Europäische Bürgerinitiative“ die Richter des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe auf einen unhaltbaren Zustand aufmerksam: Die Anwendung eines grundgesetzwidrigen und rechtswidrigen Gesetzes, des § 218 ff StGB.

Diese Mitteilung erhielten auch alle Abgeordnete und die Presse in Deutschland.

Wie ist es 65 Jahre nach Auschwitz möglich, daß die Tötung ungeborener Menschen, die nach dem Grundgesetz und entsprechenden Verfassungsgerichts-Urteilen rechtswidrig, also verfassungswidrig ist, dennoch unter dem Deckmantel des § 218 ff StGB angewandt wird?

Am 25. 2. 1975, am 28. 5. 1993 und nochmals am 8. 6. 2010 bestätigten die Richter des Bundesverfassungsgerichtes die Rechtswidrigkeit des § 218 ff StGB.

Es ist skandalös, daß hierzulande seit 35 Jahren noch immer ein rechtswidriges Gesetz aufrechterhalten wird und Politiker (ob mit oder ohne „C“) und letztendlich auch die Richter des Bundesverfassungsgerichtes nicht auf eine Änderung dieses unhaltbaren Zustandes hinarbeiten.

Ein Gesetz, das rechtswid-

rig ist, darf in einem Rechtsstaat nicht angewendet werden. Wenn der Spruch der Verfassungsrichter in Deutschland ohnehin keine Auswirkungen auf die Ge-

setzgebung hat und so keine Korrektur rechtswidriger Gesetze nach sich zieht, stellt sich die Frage, ob wir uns den kostspieligen Luxus eines Verfassungsgerichts über-

haupt noch leisten sollen? Wäre es dann nicht besser, dem Steuerzahler jährlich einige Millionen Euros für die Unterhaltung dieser Institution zu ersparen?

## Abtreiber Gottenbos eröffnet neue Abtreibungsklinik in Heidelberg

Der holländische Abtreibungsarzt **Johannes Gottenbos**, der seit vielen Jahren in Ludwigsburg eine Tötungspraxis betreibt, hatte für den 28. Oktober 2010 Frauenärzte und Beraterinnen des Rhein-Neckarkreises zur Besichtigung seiner zweiten, neu eingerichteten Tötungsklinik eingeladen. Dort will **Gottenbos** in Zukunft Kindstötungen bis zur 17. Schwan-

gerschaftswoche vornehmen. Auch sein Anästhesist Dr. **Sascha Schuler**, der dem Tötungsteam in Heidelberg angehört, war bei der Feier anwesend.

Von diesem „Einweihungstermin“ hatte die Pro-Life-Organisation „Durchblick e.V.“ erfahren und organisierte eine Mahnwache. Zwölf Aktivisten von fünf verschiedenen Pro-Life-Organisatio-

nen protestierten während der Feier vor dieser neuen Tötungsklinik.

GOTT sei Dank waren nicht viele der Einladung von Dr. **Gottenbos** gefolgt, so daß heftige Diskussionen und Anfeindungen unterblieben.

Interessant war, daß ausge-rechnet die Hausbewohner sich durch unsere Pro-Life Aktion gestört fühlten und nicht durch die Tatsache, daß **Gottenbos** ungeborene Kinder tötet. Die Tötung ungeborener Kinder sahen sie als völlig normal und legal an. Diese Einstellung läßt erkennen, was unsere diesbezügliche Gesetzgebung des § 218 StGB, rechtswidrig aber straffrei, angerichtet hat. Das Unrechtsbewußtsein für die Tötung ungeborener Kinder ist in der Bevölkerung fast vollständig verschwunden.

Wir können uns vorstellen, daß weitere Mahnwachen vor dieser neuen Abtreibungspraxis folgen werden.



*Weißer Ärzte-Kitteln für eine Protest-Aktion vor der Heidelberger Abtreibungsklinik hatten sich Lebensschützer besorgt. Die Mahnwachen-Demo katholischer und evangelischer Lebensrechtler hat stattgefunden, hier ein Foto unserer „Fußballmannschaft“ – genau zwölf Teilnehmer, darunter unsere KOMM-MIT-Freunde **Mathias von Gersdorff**, **Günter Annen** und Prof. Dr. **Hermann Schneider**. **Felizitas Küble***

## Zwei Ulmer Abtreiber hören auf

**Öfters mußte ich mir in den letzten Jahren die Frage von manchen Mitstreitern gefallen lassen: „Macht das überhaupt einen Sinn, vor einer Abtreibungspraxis zu demonstrieren, Abtreibungsbilder öffentlich zu zeigen und den Abtreiber mit Namen zu nennen?“**

Man sollte seine Arbeitsweise von Zeit zu Zeit überdenken und überlegen, wie man seinen Einsatz effektiver gestalten könnte. Es gibt ja mehrere Methoden, auf das Unrecht der Kindstötung im Mutterleib hinzuweisen: Verteilaktionen mit Flugblättern, Info-Stände und Aufklärungsarbeit in den Fußgängerzonen, Gebetsvigilien, Gehsteigberatung oder Demonstrationen vor Abtreibungsärzten und -Kliniken. Jeder, der sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen will, kann eine Methode verwenden, die seinen Fähigkeiten entspricht.

In Deutschland gibt es, GOTT sei Dank, nur wenige Praxen, in denen ausschließlich ungeborene Kinder getötet werden. Dort sind sogenannte „Gehsteigberatungen“ angebracht, da diese Praxen nur von abtreibungswilligen Frauen frequentiert werden, die außerdem leicht zu erkennen sind. Bei der

Mehrzahl der Abtreibungspraxen und -Kliniken werden nicht „nur“ Abtreibungen, sondern auch andere ambulant durchführbare gynäkologische Operationen durchgeführt. Hier ist es schwierig, abtreibungswillige Frauen herauszufiltern.

Deshalb führt die „Initiative Nie Wieder“ vor diesen Praxen und Kliniken Mahnwachen und Demonstrationen mit Namensnennung der Abtreibungsärzte durch und setzt dazu Abtreibungsbilder ein. Die Bilder haben eine enorme Wirkung, denn ein Bild sagt mehr als tausend Worte. So kommen wir nicht nur mit den betroffenen, abtreibungswilligen Müttern in Kontakt, sondern sprechen auch mit den Passanten und nicht selten mit dem Abtreibungsarzt oder dessen Personal.

### *Ermutigend*

Ermutigend für unsere Arbeit sind nun zwei Schreiben,

die wir im Oktober 2010 erhalten haben. Ein Arzt schrieb uns, daß er keine Schwangerschaftsabbrüche mehr durchführe und im anderen Fall schrieb uns ein Arzt: „...werden ab 1. 12. 2010 keine Schwangerschaftsabbrüche mehr durchgeführt“. Ein kleiner Erfolg unserer Arbeit!

Wir gehen davon aus, daß die Entscheidung der beiden Ärzte aus Ulm, keine Abtreibungen mehr durchzuführen, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Juni 2010 zusammenhängt. Das BVerfG bestätigte uns damals, daß Protestaktionen vor Abtreibungskliniken auch bei Namensnennung des Abtreibers statthaft sind.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die meisten Ärzte nicht in der Öffentlichkeit als Abtreiber bekannt werden wollen. Sie befürchten hierdurch wirtschaftliche Einbußen, weil doch einige Frauen sensibel reagieren und den Arzt wechseln. Rufen Sie uns an, wenn Sie solche Aktionen durchführen möchten. Wir sind Ihnen gerne behilflich. **G. Annen**

## Geburtenrückgang stärker als angenommen

**Die Abnahme der „Elternjahrgänge“ beschleunigt den Geburtenrückgang stärker als angenommen.**

Wie eine am 2. November veröffentlichte Studie der

Hartz-IV-Empfängerinnen sollen nach dem Willen von NRW-Familienministerin **Ute Schäfer** (SPD) die Pille kostenfrei erhalten. Es sei humaner, mit öffentlichen Geldern die Verhütung statt Abtreibungen zu finanzieren, sagte sie.

Bertelsmann Stiftung ergab, wird die Anzahl der 22- bis 35jährigen bis zum Jahr 2025 um 1,15 Millionen Menschen zurückgehen: für den fortschreitenden Bevölkerungsrückgang in Deutschland spielt auch die Abnahme der sogenannten „Elterngeneration“ eine Rolle. Die Studie prognostiziert vor allem einen Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum: Einige

der dortigen Kreise erreichen zwar Geburtenraten von mehr als 1,5 Kindern je Frau, dennoch sinken die Geburtenzahlen. So wird im Landkreis Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern) der Anteil der 22- bis 35jährigen an der Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren auf 9,5 Prozent zurückgehen. Die Frauen bekommen ihre Kinder später. Bis 2006 stieg das durchschnittliche Geburtsalter auf 30,1 Jahre an.

### KURZ & BÜNDIG

*Familienministerin **Kristina Schröder** (CDU) hat eine wachsende Deutschenfeindlichkeit muslimischer Jugendlicher kritisiert und Konsequenzen gefordert. Der „BILD“-Zeitung vom 2. November sagte sie: „Solche Beschimpfungen sind bei Jugendlichen leider in bestimmten Gegenden alltäglich - auf Schulhöfen, aber auch in U-Bahnen.“ Die feindlichen Einstellungen richte sich vor allem gegen Deutsche und Christen.*

*Deutschland braucht nach Ansicht von Handwerkspräsident **Otto Kentzler** Migranten als wirtschaftliche Leistungsträger. „Der Meister der Zukunft ist Türke“, sagt der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH).*

*Die Polizei sieht dem Treiben oft nur noch zu: Arabisch-muslimische Großfamilien haben sich zu festen Größen der organisierten Kriminalität entwickelt. Selbst öffentlich angekündigte Offensiven des Rechtsstaats scheitern - sie zerfasern im Behördenkleinklein. So berichtet Spiegel/Online am 26. Oktober.*

*In der Debatte um die Rolle des Islam in Deutschland haben sich SPD und Grüne dafür ausgesprochen, den Islam staatlich als Religionsgemeinschaft anzuerkennen und damit rechtlich den christlichen Kirchen gleichzustellen.*